

GEDENKEN DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES
AN DAS ENDE DES ZWEITEN WELTKRIEGES
UND DER NATIONALSOZIALISTISCHEN GEWALTHERRSCHAFT

BONN, FREITAG, DEN 28. APRIL 1995

[Prof. Dr. Rita Süßmuth](#)

Präsidentin des Deutschen Bundestages

[Prof. Dr. Wladyslaw Bartoszewski](#)

Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Republik Polen

[Dr. h. c. Johannes Rau](#)

Präsident des Bundesrates

Bonn, Freitag, den 28. April 1995

Präsidentin Prof. Dr. Rita Süßmuth:

Herr Bundespräsident! Herr Minister Prof. Bartoszewski! Herr Bundeskanzler! Herr Präsident des Bundesrates! Herr Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichts! Meine Damen und Herren Ministerpräsidenten! Exzellenzen! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Gäste aus Polen und Deutschland! Nach den Tönen der Klage, des Aufschreis, der Mahnung, aber auch der Zuversicht können wir Deutsche hier an das Ende des Zweiten Weltkrieges am 50. Jahrestag gemeinsam erinnern.

Dafür sind wir dankbar. Denn die Teilung Deutschlands und die Teilung Europas sind überwunden, mit einem Akt der Selbstbefreiung, den wir gar nicht hoch genug bewerten können. Gemeinsam erinnern sich heute drei Generationen: jene, deren Erfahrungen unmittelbar aus der Zeit der Nazidiktatur stammen, jene, die den verheerenden Krieg als Kinder erlebt haben, und die Enkel, denen die Geschichte des Grauens von Eltern und Großeltern erzählt oder nicht erzählt worden ist. Mit dem Ende der Nachkriegszeit endet das Erinnern nicht. Es überdauert, es bleibt Aufgabe und Pflicht, gerade auch der jüngeren Generation, die Erinnerung in eine Zeit weiterzugeben, in der die Gegner und Feinde von einst Partner und Freunde geworden sind und die Chance zur Einigung und Neugestaltung Europas erhalten haben. Sie, verehrter Herr Bartoszewski, dem persönlich soviel Leid und Unrecht von Deutschen widerfuhr, der Sie Auschwitz überlebten und der Sie wegen Ihres Kampfes für Freiheit, gegen Faschismus und Kommunismus Jahre der Lagerhaft und der Folter erlitten haben, Sie haben unablässig für Freiheit, Wahrheit und Frieden gearbeitet. Die Bitte, heute zu uns -- in dieser gemeinsamen Gedenkstunde des

Deutschen Bundestages und des Bundesrates -- zu sprechen, verstehen wir als Einladung des deutschen Volkes an das polnische Volk.

Ich begrüße Sie herzlich und danke Ihnen besonders für Ihr unbeirrtes Eintreten für Verständigung und Aussöhnung zwischen unseren beiden Völkern. Mit Ihnen begrüßen wir Ihre Frau und die Mitglieder Ihrer Delegation. Ihre Anwesenheit an diesem Tag bedeutet uns viel. An unserem Gedenken nehmen zahlreiche Opfer des Krieges, Verfolgte und Geschädigte teil, Vertreter der Widerstandsgruppen, viele Repräsentanten des öffentlichen Lebens, der Kirchen und Religionsgemeinschaften. Es ist wichtig, daß Sie heute bei uns sind, weil Gedenken und Erinnern jeden einzelnen in unserer Gesellschaft angehen.

Wir freuen uns besonders, daß heute viele Jugendliche an unserer Gedenkstunde teilnehmen. Sie haben sich im Deutsch-Polnischen Jugendwerk und in anderen Jugendorganisationen zusammengefunden, suchen die Begegnung in einem Europa offener Grenzen, arbeiten an einer gemeinsamen Zukunft Europas. Am 8. Mai 1945 ging der Zweite Weltkrieg in Europa zu Ende -- ein Krieg, der von der Nazidiktatur entfesselt wurde, mit dem heimtückischen Überfall auf Polen begann und über Abermillionen Menschen in aller Welt unermeßliches Leid, Vernichtung und Trauer brachte. Der Tod nahm Eltern ihre Kinder, trennte Kinder von ihren Eltern, löschte ganze Familien aus. Unvorstellbar sind noch heute die im Rassenwahn begangenen Gewalttaten, die Verfolgung, Ermordung und Ausrottung von Juden, Sinti und Roma. Verfolgt und ermordet wurden Kranke und Behinderte, politisch Andersdenkende, Angehörige der Glaubensgemeinschaften, Homosexuelle, Intellektuelle aus Kultur- und Geistesleben, Kriegsgefangene und Bürger aus allen Kriegsgebieten. Dieser Krieg hatte mit jeder Kontinuität des Menschlichen gebrochen, jede Ordnung aufgehoben, jeden Glauben an Fortschritt zerstört, vielfach Heimat und Lebenssinn genommen.

Sicherlich, in Krieg und Nachkriegszeit ist auch Deutschen Unrecht durch Vertreibung, Verschleppung, unmenschliche Lagerhaft und Zwangsarbeit zugefügt worden. Dennoch dürfen Schuld und Leid nicht gegeneinander aufgerechnet werden. Insbesondere dürfen wir Deutschen Ursachen und Folgen nicht miteinander verwechseln. Unterschiede in der Bewertung des Kriegsendes sind verständlich; sie werden auch weiter bestehen.

Denn: Subjektiv wurden das Kriegsende und die Kriegsfolgen verschieden erlebt, aber objektiv bedeutete der 8. Mai 1945 das Ende der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft, das Ende eines nach innen und außen gerichteten menschenverachtenden Terrorregimes. Millionen wurden von einer mörderischen Diktatur befreit, die weite Teile Europas in Trümmer gelegt hatte. Ohne die Befreiung von außen, verbunden mit der totalen Kapitulation, hätte es den Neuanfang zur freiheitlichen Demokratie nicht gegeben, der den Menschen in der früheren DDR noch Jahrzehnte versagt wurde.

Gemeinsam gedenken wir heute in Trauer der Opfer von Terror und Krieg, der Toten und Überlebenden aller Völker. Vergessen wir nie das begangene Unrecht, aber vergessen wir auch ein anderes nicht: Inmitten von Zerstörung und Krieg entstand innerhalb und außerhalb Deutschlands die Vision eines anderen Deutschland, eines gemeinschaftlichen Europa. Viele haben sich als Brückenbauer und Architekten

eines demokratischen, rechtsstaatlichen und europäischen Deutschland eingesetzt und sich Plänen der Vernichtung unseres Landes widersetzt.

Dieses Gegenbild trieb nicht nur Denken und Handeln der Menschen des aktiven politischen Widerstands an. Es ging weit darüber hinaus und gab vielen nach 1945 die große Kraft, aus den äußeren wie den inneren Trümmern heraus ein anderes Deutschland aufzubauen.

Aus den grauenvollen Erfahrungen erwuchs die Kraft des "Dennoch" die Vision einer grundlegenden demokratischen Umgestaltung, die Vision eines geeinten Europa auf der Grundlage allgemein anerkannter und beachteter Prinzipien wie Rechtsstaatlichkeit, Achtung der Menschenwürde und der Menschenrechte.

Können wir uns heute noch in die große geistige und physische Anstrengung und Leistung hineinversetzen, die Menschen in unserem Land inmitten der Trostlosigkeit, hungernd und frierend, niedergedrückt von Trauer und Leid über den Verlust nächster Angehöriger oder der Heimat, als Absage an Resignation und Zukunftslosigkeit erbracht haben?

Aller Negativerfahrung setzten die Menschen die Überzeugung entgegen, Neues, Alternatives schaffen und aufbauen zu können. Sie setzten auf die Kraft menschlichen Geistes, auf höchsten persönlichen Einsatz zum Wohle aller, auf die Möglichkeit, Vertrauen wiederzugewinnen. Denn Mißtrauen zerstört menschliche Gesellschaften, zerstört Verständigung und Miteinander der Völker. Die Menschen waren der Überzeugung: Nie wieder nationalistische Überheblichkeit und Selbstgerechtigkeit, nie wieder Rassenwahn, nie wieder deutsche "Alleingänge", nie wieder Herabsetzung, Verhöhnung und Preisgabe der Demokratie.

Aus den Trümmern dieser schrecklichen Erfahrung mußte ein neuer Anfang, ein neues Leben entworfen und gewagt werden. Dazu bedurfte es zukunftsgläubiger, den Ruinen trotztender, tatkräftiger und zur Hoffnung fähiger Menschen: fähig zu verzichtvollen Anstrengungen über Jahrzehnte, fähig zu Vision und Tatkraft, entschlossen zur Architektur einer gemeinschaftlichen Welt.

Diese Leistung ist nicht allein Ergebnis des uns Deutschen entgegengebrachten Vertrauens. Sie wurde vielfach erst möglich durch eine vertrauensbildende Politik, bisweilen verbunden mit der Entscheidung zu zunächst einseitigem Vertrauensvorschuß erst in der West-, später in der Ostpolitik. Ohne den Aufbau des wechselseitigen Vertrauens wäre die Rückkehr in die Völkergemeinschaft nicht möglich gewesen.

Es berührt noch heute zutiefst, daß die Völker, die unter der Naziherrschaft unsäglich gelitten haben, uns die Hand für ein Bündnis der Zukunft gereicht haben. Bis zum heutigen Tag ist für unsere Innen- und Außenpolitik diese Abgrenzung gegen Gewalt und Diktatur bestimmend geblieben. Der Bogen unserer Verständigung, unserer Entspannungs- und Aussöhnungspolitik spannt sich über alle Bundesregierungen, die Bundeskanzler und die Außenminister, von Konrad Adenauer über Willy Brandt und Helmut Schmidt bis zu Helmut Kohl, von Heinrich von Brentano bis zu Hans-Dietrich Genscher und Klaus Kinkel. Unser Parlament hat diese Politik aktiv mitgestaltet. Unsere Antworten sind: Verpflichtung auf unser Grundgesetz und Mitgestaltung der gesamteuropäischen Freiheits- und Friedensordnung mit globaler

Verantwortung. Wenn wir fragen: "Was eint unser Volk, was gibt uns Stärke und eine positive Identität?" dann sind es doch gerade Anstrengung und Leistung der vergangenen Jahrzehnte, die uns für die Zukunft ermutigen und verpflichten.

Fünfzig Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges gestalten Deutschland und Polen eine Partnerschaft, die sich noch vor wenigen Jahren niemand von uns hat vorstellen können. Am Anfang dieses langen und schwierigen Weges standen einzelne Persönlichkeiten in beiden Ländern, die Verständigung suchten. Die Bereitschaft dazu hat die Feinde von damals viel Überwindung gekostet.

Über Jahrzehnte waren zwischen Deutschen und Polen viele Schritte der Annäherung und des Austausches erforderlich. Erinnern wir uns an die Gewaltverzichtserklärung der Vertriebenen von 1950, an die Erklärung der polnischen Bischöfe 1965, an die Geste Willy Brandts in Warschau, an die Entspannungspolitik der 70er und 80er Jahre, an die Anerkennung der bestehenden Grenzen und an den Nachbarschaftsvertrag mit Polen.

Auf dieser Grundlage waren die Teilnahme unseres Bundespräsidenten am 50. Jahrestag des Warschauer Aufstandes im vergangenen Jahr und das gemeinsame Erinnern möglich. Der Bundespräsident hat durch seinen Beitrag Polen und Deutsche einander nähergebracht.

Der guten Nachbarschaft und Freundschaft mit Polen kommt eine ebenso große Bedeutung zu wie der gefestigten Freundschaft mit Frankreich. Die Vielgestaltigkeit der deutsch-französischen Freundschaft und Zusammenarbeit weist uns den Weg zu einer ebenso engen und tiefen Ausgestaltung der Beziehungen zu unserem unmittelbaren Nachbarn im Osten. Polen und die anderen mittel- und osteuropäischen Staaten werden unsere künftigen Partner innerhalb der Europäischen Union sein. Auch mit Rußland und den anderen GUS-Staaten bauen wir an einer europäischen Friedensordnung. Und vergessen wir in diesem Zusammenhang nicht das wiedergewonnene Vertrauen und die Möglichkeiten einer engen Beziehung zu Israel.

Trotz aller hoffnungsvollen Entwicklungen wissen wir, daß Frieden und Freiheit auch bei uns in Europa gefährdet bleiben. In Bosnien sind ethnische Säuberungen, Vertreibung, Erniedrigung und Verwüstung grausame Gegenwart. Auch in Tschetschenien wütet ein verheerender Krieg. In der Türkei erfahren wir die Spannungen und die Schwierigkeiten, Recht zu schaffen, im Umgang mit den Kurden. Gewalt und Terror breiten sich erneut weltweit aus. Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit sind bei uns und in Europa erneut eine Realität. Friedlicher Wandel und demokratische Umgestaltung in Europa sind noch keineswegs gesichert. Arbeiten wir dafür, daß uns das gemeinsame Friedenswerk nicht wieder unter den Händen zerrinnt.

Die Erinnerung an 1945 und die Zeit danach können gerade der Jugend zeigen, daß Wachsamkeit, Zivilcourage und Widerstand unverzichtbar und notwendig sind, daß aber auch Neubeginn immer wieder möglich ist, daß Aufbruch Kräfte freisetzt, Probleme anzugehen und nicht beiseite zu stehen. Sie, die Jugend, sollte erfahren, daß dieses Jahrhundert nicht nur geprägt ist vom Versagen und Zusammenbruch aller Werte, sondern auch von außergewöhnlichen Anstrengungen, aus dem Versagen zu lernen. Wir haben gelernt, wie wichtig die Demokratie und die

demokratischen Institutionen sind, um Konflikte friedlich zu regeln, der Gewalt vorzubeugen, Gemeinschaftlichkeit einzuüben und fest zu verwurzeln.

Machen wir uns weiterhin klar, daß Erinnern nicht Schwäche bedeutet, sondern daß aus Erinnern vielmehr Stärke erwächst für ein politisch verantwortliches Handeln. Lassen wir vor allem die junge Generation spüren: Gerade Sie werden heute gebraucht, die Aufgaben sind andere als vor fünfzig Jahren, aber sie sind keine geringeren; sie sind eine große Herausforderung.

Wir hatten 1945, beim Kriegsende und danach, die gemeinsame Vision eines geeinten Europa. Für Teile unseres Kontinents ist diese Vision inzwischen Wirklichkeit geworden. Für das ganze Europa bleibt die Einheit indessen noch zu leisten.

Die Gemeinschaftsbildung ganz Europas ist unsere zentrale Aufgabe. Sie ist mehr, sie ist unsere politische Schicksalsaufgabe und die wichtigste kulturelle und politische Leistung des vereinten Deutschland. Wer noch glaubte, daß wir uns in Selbstgenügsamkeit auf uns selber zurückziehen könnten, hätte die Lehren des 8. Mai 1945 nicht erkannt. Er hätte nicht begriffen, daß den Deutschen gerade aus ihrer Geschichte und nach den furchtbaren Erfahrungen dieses Jahrhunderts gute Nachbarschaft, Verantwortung und Mitgestaltung in der Welt von morgen aufgegeben sind.

Nur wenige historische Ereignisse werden sich dem Langzeitgedächtnis der Menschheit so einprägen wie der 8. Mai 1945, der nicht zu trennen ist vom 30. Januar 1933! Hinter diese Position darf spätestens seit der großen Rede Richard von Weizsäckers vor 10 Jahren kein Deutscher mehr zurückfallen. Nie zuvor sind Verbrechen so unvergleichbarer, unauslotbarer und abgrundtiefer Unmenschlichkeit begangen worden. Auch wenn wir uns um Erinnern bemühen, verstehen werden wir sie nie.

Vor und nach 1933 gab es Menschen aus allen sozialen Schichten und allen weltanschaulichen und politischen Gruppen, die sich widersetzen, die versuchten, Leben zu schützen und zu retten. Sie mahnen uns ebenso wie die Millionen Opfer: zu Wachsamkeit, Zivilcourage und Widerstand, um überall und zuerst bei uns den Anfängen zu wehren.

Herr Außenminister der Republik Polen, lieber Herr Bartoszewski, wir freuen uns, daß Sie jetzt zu uns sprechen. (Anhaltender Beifall)

Prof. Wladyslaw Bartoszewski, Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Republik Polen:

(mit Beifall begrüßt)

Sehr geehrter Herr Bundespräsident! Sehr geehrte Frau Präsidentin des Bundestages! Sehr geehrter Herr Präsident des Bundesrates! Sehr geehrter Herr Bundeskanzler! Sehr geehrter Herr Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichtes! Exzellenzen! Meine Damen und Herren! Zunächst einige Sätze auf polnisch für das polnische Fernsehen.

Po' wieku mija od zakon'czenia najkrwawszej i najokrutniejszej wojny w dziejach Europy. Wojny, kto'ra zaczeca siec I wrzes'nia 1939 r. agresjac si III. Rzeszy na Polskec i kampaniac wojennac przeciwko pierwszej ofierze -- Polsce, a zakon'czya w Europie 8 maja 1945 r. bezwarunkowac kapitulacjac wobec przedstawicielei czterech mocarstw, kto're z biegiem wydarzen' przejecy na siebie -- od 1941 r. -- go'wny ciecz.ar prowadzenia wojny i rozstrzygncy o jej losach. Dla Polski wojna ta trwaa 5 lat, 8 miesieccy i 8 dni. Przez cay ten czas setki tysieccy Polako'w walczyo na laczdie, morzu i w powietrzu, wspo'lnie z innymi armiami alianto'w, o jeden jedyny cel -- odbudowec swojego wolnego i suwerennego pan'stwa w wolnej, demokratycznej Europie.

W ostatniej fazie II. wojny s'wiatowej w jednostkach regularnych wszystkich pan'stw alianckich walczyo accznie ok. 600 tys. Polako'w oraz kilkaset tysieccy w armii podziemnej w kraju.

Ein halbes Jahrhundert ist es her, seit der blutigste und grausamste Krieg in der Geschichte Europas zu Ende ging: der Krieg, der am 1. September 1939 mit der Aggression des Dritten Reiches auf Polen und des Feldzugs gegen Polen, das das erste Opfer war, begann und am 8. Mai 1945 mit der bedingungslosen Kapitulation vor den Vertretern der Vier Mächte in Europa beendet wurde, die mit dem Gang der Ereignisse -- seit 1941 -- die Hauptlast der Kriegsführung übernommen und über sein Schicksal entschieden hatten. Für Polen dauerte der Krieg 5 Jahre, 8 Monate und 8 Tage. Während dieser ganzen Zeit haben Hunderttausende von Polen zu Lande, zu Wasser und in der Luft gemeinsam mit anderen Armeen der Alliierten um ein einziges Ziel gekämpft -- die Wiedererrichtung ihres freien und souveränen Staates in einem freien demokratischen Europa. In der letzten Phase des Zweiten Weltkriegs haben insgesamt etwa 600000 Polen in regulären Einheiten aller Staaten der Alliierten gekämpft und einige hunderttausend in der Untergrundarmee in Polen selbst.

Richard von Weizsäcker hat in seiner Rede am 8. Mai 1985 ausgeführt: Seinem Schicksal gemäß hat jedes Volk dabei seine eigenen Gefühle. Sieg oder Niederlage, Befreiung von Unrecht und Fremdherrschaft oder Übergang zu neuer Abhängigkeit, Teilung, neue Bündnisse, gewaltige Machtverschiebungen -- der 8. Mai 1945 ist ein Datum von entscheidender historischer Bedeutung in Europa. Dieser heute schon klassische Text von Richard von Weizsäcker gehört zu den Leistungen des politischen und moralischen deutschen und europäischen Denkens. Bei allem Vorbehalt, das Wort "historisch" überzustrapazieren, ist es meiner Meinung nach wohl angebracht, wenn er diesen Begriff mit dem Datum des 8. Mai 1945 in Verbindung bringt.

Ein halbes Jahrhundert nach jenem Tage und an der Schwelle zu einem neuen halben Jahrhundert der Geschichte Europas scheint es sinnvoll zu sein, das Augenmerk auf eine gänzlich neue Etappe in den Beziehungen zwischen Deutschen und Polen im Rahmen der sich neu gestaltenden Gemeinschaft der Völker und Staaten Europas zu richten. Und so wurde es heute möglich, daß der Außenminister Polens im deutschen Parlament auf Einladung dieser höchsten Vertretung des gesamten deutschen Volkes spricht. In meiner Dankesrede für den mir zuerkannten ehrenvollen Friedenspreis des deutschen Buchhandels habe ich am 5. Oktober 1986 in der Frankfurter Paulskirche gesagt, daß die Polen auf jeden Fall mit dem

Verständnis und der Solidarität der deutschen Bevölkerung rechnen, die zum wichtigen Faktor beim Brückenbau zwischen unseren Völkern werden können.

Ich schloß damals meine Dankesworte mit dem optimistischen Satz der Hoffnung: Vielleicht wird es auch mir vergönnt sein, daran weiter mitzuwirken.

Gesagt wurde dies drei Jahre vor dem Fall der Berliner Mauer.

Am Vorabend des 40. Jahrestages des Kriegsausbruchs, am 31. August 1989, hatte ich Gelegenheit, an einer einstündigen ARD-Sendung im Gespräch mit Willy Brandt teilzunehmen. An der Spitze der neuen polnischen Regierung stand damals schon der erste nichtkommunistische Ministerpräsident der Länder des ehemaligen Ostblocks. Die neue Ära in der Geschichte Mittel-Ost-Europas war bereits eröffnet worden, aber die Berliner Mauer stand noch fest. Unsere damaligen Äußerungen im Fernsehen bewegten sich im Rahmen eines gemäßigten Optimismus.

Heute sind es schon fünfeinhalb Jahre her, daß die Berliner Mauer zum Einsturz gebracht wurde: In Kürze wird der fünfte Jahrestag der Vereinigung Deutschlands begangen werden.

Man kann darüber diskutieren, wie es zu diesen Veränderungen gekommen ist: welche Rolle hierbei die erste organisierte oppositionelle Gewerkschaftsbewegung "Solidarnosc" in Osteuropa spielte sowie andere Widerstandsgruppen in Polen und der Tschechoslowakei und auch in Ungarn und in der DDR, die ohne Gewaltanwendung einen ständigen Druck ausübten, um den totalitären Machthabern bewußt zu machen, daß Reformen notwendig sind, und auch, welche Rolle die Tatsache spielte, daß man sich selbst im Kreml bewußt machte, daß diese Reformen unausweichlich seien.

Die Abrechnungen mit der Vergangenheit sind häufig ein Akt des Mutigen. Mutig und -- was hier klar gesagt werden muß -- dem damaligen Stand des historischen Bewußtseins und der moralischen Bereitschaft der meisten Polen weit voraus waren die versöhnlichen Worte der polnischen Bischöfe an die Katholiken in Deutschland und die ausgestreckte Hand zur Eintracht im November 1965. Ein Ausdruck des achtungswürdigen historischen Mutigen war auch die spontane Geste des deutschen Bundeskanzler Willy Brandt, als er im Dezember 1970 in Warschau vor jenem Denkmal niederkniete, das dem Gedenken an die Opfer und die Kämpfer des Ghettos gewidmet ist. Nicht leicht war auch die Entscheidung des polnischen Präsidenten Lech Walesa, zu den Feierlichkeiten aus Anlaß des 50. Jahrestags des Warschauer Aufstands im vergangenen Jahr das deutsche Staatsoberhaupt trotz Widerständen eines beträchtlichen Teils der Bevölkerung einzuladen; der Warschauer Aufstand 1944 ist im kollektiven polnischen Gedächtnis nämlich nicht nur fixiert als eine bewaffnete Konfrontation, sondern auch als ein Akt der bewußten Barbarei: der Ausrottung der Zivilbevölkerung der polnischen Hauptstadt und der planmäßigen Verwandlung dieser gesamten Stadt in eine Ruine auf Befehl Hitlers. Mutig und aufrichtig waren die Worte des Bundespräsidenten Roman Herzog, die er bei den Feierlichkeiten am 1. August 1994 in Warschau an das polnische Volk richtete. Viele Polen empfanden sie als die echte und lang erwartete Antwort des höchsten Vertreters Deutschlands auf die Botschaft der polnischen Bischöfe von 1965. Die Präsidenten Polens und Deutschlands überzeugten damals sogar die Skeptiker, daß Jahrestage, die trennen, gleichzeitig einen Impuls für die Gestaltung einer besseren Zukunft geben können, einer Zukunft, die verbinden wird.

Meine heutige Anwesenheit in diesem Hause verstehe ich als einen weiteren Schritt auf dem selben Wege.

Es scheint an der Zeit zu sein, sich heute folgende Fragen zu stellen: Wie sieht die wahre Bilanz der Beziehungen von Polen und Deutschen 50 Jahre nach dem Kriege aus? Wieweit ist es Gesamteuropa gelungen, die unmittelbaren und langfristigen Folgen dieses Krieges zu überwinden?

Die Historiker können die Schuld einzelner Politiker messen und verspätete Varianten dafür suchen, welche 1939 den Frieden hätten retten können. Unabhängig davon, inwieweit die westlichen Demokratien damals versagten und -- wie im Fall der Tschechoslowakei ein Jahr zuvor in München -- dem Egoismus der Politik eines "appeasement" erlagen, so war trotzdem der unmittelbare Anlaß des Krieges die aggressive Naziideologie, deren Durchsetzung die Absprache zwischen Hitler und Stalin ermöglichte. Der Pakt Ribbentrop-Molotow vom 23. August 1939 zusammen mit dem Geheimprotokoll, das die Einflußzonen des Dritten Reiches und der UdSSR festlegte, entschied über das Schicksal des polnischen Staates und einiger anderer Staaten Mittel-Ost-Europas. Natürlich hätten die Polen sich 1939 passiv mit ihrem Schicksal abfinden, keinen Widerstand leisten und nicht kämpfen können, wodurch vielleicht ein Teil der Opfer geschont geblieben wäre. Jedoch hätten sie dadurch aufgehört, ein Subjekt in der europäischen Politik zu sein. Dieses entschiedene polnische "Nein" gegenüber Hitler bewirkte den Eintritt Großbritanniens und Frankreichs in den Krieg und ermöglichte in der Folge die Entstehung der Anti-Hitler-Koalition. Den Polen fiel es zu, an allen Fronten Europas zu kämpfen, im Westen, im Süden und im Osten, auch in Nordafrika, zu Wasser und in der Luft, an verschiedenen Punkten der Welt.

Im besetzten Polen dagegen errichteten Polizei- und Verwaltungsbehörden des Dritten Reiches in den Jahren 1940 bis 1942 Konzentrationslager für Polen und Vernichtungslager für Juden. Zum historischen Symbol dieses Systems wurden Bezeichnungen, die im Laufe der Zeit zu Begriffen wurden, welche mit der neuen Qualität des Verbrechens in Verbindung stehen: mit dem Völkermord. Um nur einige von vielen zu nennen, waren dies Auschwitz-Birkenau, Chelmno-Kulmhof, Treblinka, Majdanek, Sobibor, Belzec, aber auch Gross-Rosen und Stutthof. Und so vernichtete man ca. 3 Millionen polnischer Juden und etwa 3 Millionen Juden, die Staatsbürger anderer Länder waren; sie wurden durch die Nazis in den Vernichtungslagern ermordet, die durch den Terrorapparat von Hitlers Staat zu einem beträchtlichen Teil auf dem okkupierten Territorium Polens errichtet wurden. Zu Opfern des blutigen Terrors wurden ebenfalls über 2 Millionen polnischer Christen. Jeder vierte polnische katholische Priester und jeder vierte polnische Wissenschaftler, jeder fünfte polnische Lehrer wurde Opfer des Verbrechens. Diese Zahlen enthalten nicht die schweren Prüfungen von 2,3 Millionen Menschen, die aus ihren Häusern zwangsumgesiedelt wurden, sowie von über 2,5 Millionen polnischer Zwangsarbeiter und etwa 200000 polnischer Kinder, die zu Germanisierungszwecken verschleppt wurden, von denen dreiviertel niemals zu ihren Familien nach Polen zurückkehrten. Die Tatsache, daß Polen 1945 nicht als einer der Siegerstaaten anerkannt wurde, war -- wie heute allgemein bekannt ist -- ein politisches Zugeständnis der Westalliierten an Stalin. Die Beschlüsse von Jalta bezüglich Polens waren der Anfang der Teilung Europas in zwei Blöcke. Der polnische Staat wurde um einige hundert Kilometer nach Westen "verschoben", wodurch letztendlich sein Territorium um ein Fünftel verkleinert wurde. Die Westalliierten legalisierten die neue polnische Ostgrenze, was bedeutete, daß die UdSSR praktisch alles erlangte, was sie infolge der Vereinbarungen mit dem

Dritten Reich in den Jahren 1939 bis 1940 zugesprochen bekommen hatte. Polen wurden die ehemaligen deutschen Ostgebiete zuerkannt, was teilweise ein Ausgleich sein sollte für die Gebietsverluste zugunsten der UdSSR. Im Endergebnis hatte Polen von 389000 km² Fläche nach dem siegreichen Krieg lediglich 312000. In dieser Situation wurde die Grenze an Oder und Neiße für die Polen und ihren Staat zu einer Existenzfrage. Auf der Potsdamer Konferenz beschlossen die Siegermächte die Aussiedlung der deutschen Bevölkerung östlich von Oder und Neiße. Die Westalliierten gingen davon aus, daß die Sowjetunion in Polen freie Wahlen zulassen werde. In Polen erachtete man dies von Anfang an als eine gefährliche Illusion bzw. als eine besondere Art von "Realpolitik" d.h. "eine gründlich durchdachte Illusion". Die politisch denkenden Polen waren eher auf das Schlimmste gefaßt. Und sie haben sich leider nicht geirrt. Ende Februar 1945 wurden die höchsten Vertreter der polnischen politischen Parteien unter dem Vorwand, Verhandlungen über die Durchsetzung der Beschlüsse von Jalta abzuhalten, nach Moskau eingeladen. Sie wurden dort hinterlistig verhaftet, vor Gericht gestellt und verurteilt. Dies waren lediglich die ersten Früchte jener "Realpolitik" gegenüber Stalin.

Es ist wahr, daß die UdSSR seit Juni 1941 die gewaltige Last des Kampfes gegen die Deutschen trug und Opfer brachte, die mit den Verlusten der Alliierten unvergleichlich waren. Dies darf nicht vergessen werden. Und deshalb hatte die Stimme Stalins auch mehr Gewicht als die seiner Partner. Zur Wahrheit gehört aber auch die Tatsache, daß die UdSSR nach Jalta den Staaten Mittel-Ost-Europas ein System aufzwang, das unsere Völker des Selbstbestimmungsrechts beraubte. Und so wurde "Jalta" für Polen -- und nicht nur für Polen -- zum Symbol für die Sanktionierung des Grundsatzes, daß die Großmächte über die Grenzen und inneren Angelegenheiten anderer Staaten entscheiden. "Jalta" brachte neue Elemente der Feindschaft in die Beziehungen zwischen den Staaten ein, und das ist immer ein Vorbote von Destabilisierung.

Ein eigentümliches Paradox in dieser Situation ist, daß "Jalta" auch vorübergehend zur Aufrechterhaltung des internationalen Gleichgewichts beigetragen hat, denn die Verankerung der Bundesrepublik in der westlichen Staatengemeinschaft kam der Errichtung der vertrauenerweckenden Demokratie in diesem Staate zugute. Den Deutschen gelang es in beträchtlichem Maße, ihre im politischen Sinne verstandene "Mittellage" zwischen Ost und West zu verändern. Daher müßten sie auch besser als jeder andere die gegenwärtigen Bemühungen Polens um die Integration mit dem Westen verstehen.

Von der "Stunde Null" zu reden hat in Polen erst ab 1989 einen Sinn. Damals ergaben sich nämlich Voraussetzungen und Chancen für die Lösung der grundlegenden Dilemmata der polnischen Politik. Seit 5 Jahren betreibt Polen eine selbständige Außenpolitik und ist zu einem vollkommen souveränen Subjekt auf der europäischen Bühne geworden.

Es ist somit höchste Zeit dafür, sämtliche politischen Chancen zu nutzen, die sich durch den Umbruch von 1989 ergeben haben. Es sind dies für Polen dieselben Chancen, die Westdeutschland schon 1949 erlangte. Und diesen Unterschied sollte man bedenken.

Vor 50 Jahren wurde fast alles nur Mögliche unternommen, um den polnisch-deutschen Antagonismus zu verfestigen. Dies gehörte zu den grundlegenden Zielen der Polenpolitik Stalins, der die Kommunisten zu Architekten des "polnischen Nationalstaates" machte, die die Unverletzlichkeit der polnischen Westgrenze und die territoriale Integrität in seiner Nachkriegsgestalt garantierten. Heute leben in diesen Gebieten bereits weitere Generationen von Polen, die angesichts der neuen europäischen Lage einen besonderen Beitrag für die Beziehungen zwischen dem demokratischen Polen und dem vereinten Deutschland, für den Prozeß der Verständigung und der Aussöhnung zwischen Polen und Deutschen leisten können.

Der Hitler-Okkupant sprach den Juden das Recht auf Leben ab. Den Polen sprach er das Recht ab, Mensch zu sein, und behandelte sie als "Untermenschen", für die es keinen Platz in der gesamteuropäischen Kultur gab. Das stalinistische Nachkriegssystem verabreichte den Polen -- ähnlich wie den Deutschen in der DDR - eine "antinationalistische" Therapie, die sich nicht nur gegen einen Nationalismus, sondern auch gegen die gesamte polnische Tradition, Kultur und historische Identität richtete. Das "doppelt verwundete" Volk mußte Abwehrreaktionen entwickeln, die manchmal auch zu Überempfindlichkeiten führten. In den Beziehungen zu den Deutschen ergab sich eine zusätzliche Schwierigkeit aus den noch nicht vernarbten Kriegswunden und der Infragestellung der Grenze an Oder und Neiße seitens der Bundesrepublik Deutschland sowie aus den Beziehungen zu dem "ersten deutschen Arbeiter- und Bauernstaat" -- der DDR --, die nicht frei waren von einer Komponente aus Verlogenheit und Mißtrauen. Aus der Sichtweise vieler Deutscher dagegen erschien Polen mit seinen 1945 nach Westen verschobenen Grenzen geradezu als ein Kriegsbenefiziat. Polen wurde zu einem bequemen Objekt, an dem man seine eigenen Kriegsfrustrationen abreagieren konnte, und "dank" Polens konnte man sogar das Bewußtsein des Opfers in der deutschen Bevölkerung bilden und schüren. Da es keinen offiziellen politischen Dialog gab, konnte man dieses Handeln grenzenlos betreiben, ohne die Fakten sowie die Meinung des Partners zu berücksichtigen. Die Aussiedlungsproblematik dominierte für viele Jahre das Polenbild in Deutschland. Während des Kriegs und nach seiner Beendigung mußten Millionen von Menschen ihre Heimat verlassen. Für viele Polen waren dies die Gebiete jenseits des Bugs und für viele Deutsche die Gebiete östlich von Oder und Neiße. Diese beiden Gruppen von Menschen konnten nicht miteinander reden; und wenn es dazu gekommen wäre, so hätten sich beide Völker beträchtlich früher verständigen und verstehen können. Aber die polnischen Aussiedler aus dem Osten konnten in diesen Fragen nicht einmal einen Monolog führen. Und wenn sie sich in den polnischen Westgebieten ansiedelten, so kamen sie nicht als Sieger dorthin, sondern sie betrachteten sich als Opfer des Krieges, den sie niemals gewollt und dessen Ausbruch sie nicht verschuldet hatten.

Der Umbruch von 1989 schaffte Möglichkeiten für eine offene politische Diskussion. Da man nun über das Schicksal der Aussiedler aus Wilna und Lemberg sprechen darf, ist es auch leichter, die menschliche Dimension des Dramas der Aussiedlungen aus Breslau oder Stettin zu erblicken. Die rechtlich-politische Regelung der Probleme der Vereinigung Deutschlands und seiner Grenzen bewirkte, daß heute ein Gespräch über die "verlorene Heimat" keinerlei Befürchtungen um die Friedensordnung in Europa hervorrufen muß.

Polen hat seine politische Souveränität wiedererlangt. Es gelangt auch zu seiner geistigen Souveränität. Ihr Maß ist das Gefühl der moralischen Verantwortung für die

ganze Geschichte, in der es -- wie immer -- helle und dunkle Seiten gibt. Als Volk, das vom Krieg besonders heimgesucht wurde, haben wir die Tragödie der Zwangsumsiedlungen kennengelernt sowie die damit verbundenen Gewalttaten und Verbrechen. Wir erinnern uns daran, daß davon auch unzählige Menschen der deutschen Bevölkerung betroffen waren und daß zu den Tätern auch Polen gehörten.

Ich möchte es offen aussprechen: Wir beklagen das individuelle Schicksal und die Leiden von unschuldigen Deutschen, die von den Kriegsfolgen betroffen wurden und ihre Heimat verloren haben.

(Beifall)

Wir erinnern uns an die mit großem Mut formulierten Sätze des heute nicht mehr lebenden bedeutenden polnischen Denkers und Essayisten Jan Jozef Lipski, jenes exponierten polnischen Sozialdemokraten, der 1981 voller Bitternis sagte: Wir haben uns daran beteiligt, Millionen Menschen ihrer Heimat zu berauben, von denen die einen sicherlich sich schuldig gemacht haben, indem sie Hitler unterstützten, die anderen, indem sie seine Verbrechen tatenlos geschehen ließen, andere nur dadurch, daß sie sich nicht zu dem Heroismus eines Kampfes gegen die furchtbare Maschinerie aufrufen konnten, und das in einer Lage, als ihr Staat Krieg führte. Das uns angetane Böse, auch das größte, ist aber keine Rechtfertigung und darf auch keine sein für das Böse, das wir selbst anderen zugefügt haben; die Aussiedlung der Menschen aus ihrer Heimat kann bestenfalls ein kleineres Übel sein, niemals eine gute Tat.

Bezug nehmend auf die Verschwörung gegen den Frieden von Hitler und Stalin im Jahre 1939 fährt Lipski fort:

Sicherlich wäre es ungerecht, wenn ein Volk, überfallen von zwei Räubern, zusätzlich noch alle Kosten dafür zahlen sollte. Die Wahl eines Auswegs, der, wie es scheint, eine geringere Ungerechtigkeit ist, die Wahl des kleineren Übels darf dennoch nicht unempfindlich machen gegen sittliche Probleme. Das Böse ist Böses und nicht Gutes, selbst wenn es ein geringeres und nicht zu vermeidendes Böses ist.

Ich identifiziere mich vollkommen mit den Thesen meines verstorbenen Freundes Jan Jozef Lipski, mit dem ich zusammen in der demokratischen Opposition aktiv war. Ich möchte daran erinnern, daß dieser Text damals eine hitzige Diskussion unter den denkenden Polen hervorrief. Ich denke auch, daß es nicht gut war, daß die Zivilcourage des Verfassers dieser Worte damals in Deutschland nicht voll wahrgenommen wurde.

(Beifall)

Für das "offizielle" Polen, die Volksrepublik Polen, war jede Stimme aus der Bundesrepublik Deutschland ein feindliches oder verdächtiges Signal, und die Ereignisse der ersten Monate und Jahre nach dem Kriege stellten ein politisches und historisches Tabu dar. Eher gefragt war das Feindbild und Jonglieren mit historischen Fakten je nach Bedarf der Innenpolitik.

Zum Glück jedoch kam es schon einige Jahre nach dem Kriege, nach dem Tod Stalins und Berijas, noch in der Chruschtschow-Ära, sowohl von polnischer wie von

deutscher Seite zu parallel laufenden Initiativen für inoffizielle Kontakte zwischen denkenden Menschen guten Willens. Diese Kontakte knüpfte man hauptsächlich in intellektuellen Kreisen an sowie in Kreisen und Gruppen, die ihre geistige Heimat und ihr Engagement in den christlichen Kirchen verankert hatten. Vorreiter waren auf der deutschen Seite schon zu Beginn der 60er Jahre die Jugendgruppen von "Aktion Sühnezeichen" aus der damaligen DDR und die hartnäckig nach Wegen des Dialogs suchenden Mitglieder der deutschen Sektion von "Pax Christi" aus der Bundesrepublik.

In Köln scharte sich ein Kreis von Menschen um die deutsch-französische Zeitschrift "Dokumente", und aus einem dieser gewichtigen Diskussionsforen erwuchs in den 60er Jahren der "Bensberger Kreis". Beide trugen gewiß zur Entstehung einer Atmosphäre bei, in deren Folge im Mai 1965 die Denkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland entstand, ein für jene Zeit mutiger Versuch einer Analyse der Lage. Und im November und Dezember 1965 folgte der Briefwechsel des polnischen und des deutschen Episkopats der katholischen Kirche.

Nicht alle Initiativen, Institutionen und Personen können aufgezählt werden, die in Deutschland einen Beitrag zur Schaffung von Voraussetzungen für die Verständigung und in besonderem Maße zu einer positiven Korrektur des Polenbildes und der polnischen Angelegenheiten zumindest in einem Teil der deutschen Öffentlichkeit geleistet haben.

Von polnischer Seite gehörten zu den ersten nicht offiziellen Emissären des guten Willens und des Dialogs, vor allem mit dem "Bensberger Kreis" und dem Zentralkomitee der Deutschen Katholiken, Menschen, die mit den Klubs der katholischen Intelligenz in Warszawa, Krako'w und Wrocław, den Redaktionen der Zeitschriften "Tygodnik Powszechny", "Znak" und "Wiecz" verbunden waren. Gewisse Ergebnisse brachten auch die Kontakte, die manche Intellektuelle, die mit den offiziellen Strukturen der kommunistischen Partei in Polen verbunden waren, mit deutschen politischen Kreisen unterhielten.

Zu den wichtigsten Daten seit der Errichtung von Handelsvertretungen 1962 in Köln und Warschau auf der Basis der Gegenseitigkeit gehört unbestreitbar der Vertrag der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland über die Grundlagen ihrer gegenseitigen Beziehungen vom 7. Dezember 1970, was deutscherseits das Werk der Regierung Brandt und Scheel war.

Zu Beginn der 80er Jahre, in den Monaten der Entwicklung der unabhängigen Gewerkschaftsbewegung "Solidarnosc" in Polen und danach mit der Einführung des Kriegsrechts und der Militärdiktatur im Dezember 1981, war die Situation in Polen dramatischen Veränderungen ausgesetzt. Für die 10 Millionen Angehörige zählende Bewegung "Solidarnosc" war damals die Politik der Bundesregierung nicht in vollem Umfang klar und in gewissem Sinne enttäuschend. Die breite Öffentlichkeit in Deutschland dagegen, beide christliche Kirchen, zahlreiche gesellschaftliche Einrichtungen, bedeutende Kreise von Intellektuellen und spontane Bürgerinitiativen gaben ein lebendiges Zeugnis von materieller und moralischer Unterstützung für die Polen in Not.

Das enorme Interesse daran, was sich in Polen tat, war in Deutschland nur vergleichbar mit der historischen Welle von Wohlwollen und Interesse, die anderthalb

Jahrhunderte früher, in den Jahren 1830 bis 1832, für Angelegenheiten der Polen aufgebracht wurden. Das führte in der Folge ohne Übertreibung zu einem neuen Bild der deutschen Bevölkerung in den Augen der Polen.

Zum politischen Durchbruch in den polnisch-deutschen Beziehungen führten jedoch die Tatsachen und Entscheidungen der Jahre 1989/90, und in ihnen erblicken wir den Grundstein und die dauerhafte Basis für gegenwärtige und künftige Beziehungen zwischen unseren Staaten. Ich denke hier an den Besuch von Bundeskanzler Helmut Kohl in Polen im November 1989, der durch die denkwürdigen Berliner Ereignisse am 9. November unterbrochen, dann aber fortgesetzt und abgeschlossen wurde. Die polnische Öffentlichkeit begriff die Rückkehr des deutschen Bundeskanzlers nach Warszawa als wichtigen politischen Schritt, der die Bedeutung der Beziehungen zwischen unseren Staaten und Völkern an der Schwelle zu einer neuen Ära in der Geschichte akzentuierte.

Gewürdigt wurde auch die Begegnung in Kreisau, und wahrgenommen wurde der Friedensgruß, den Bundeskanzler Helmut Kohl und der Ministerpräsident der polnischen Regierung Tadeusz Mazowiecki während der Heiligen Messe austauschten.

Die gemeinsame Erklärung, die von beiden Regierungschefs am 14. November 1989 in Warszawa unterzeichnet wurde, der Vertrag zwischen der Republik Polen und der Bundesrepublik Deutschland über die Bestätigung der zwischen ihnen bestehenden Grenze, der am 14. November 1990 in Warszawa unterzeichnet wurde, sowie der Vertrag zwischen der Republik Polen und der Bundesrepublik Deutschland über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit, der am 17. Juni 1991 in Bonn unterschrieben wurde, bildeten in unseren Augen in Polen, aber auch in der Einschätzung der Staaten in der Welt den Abschluß der tragisch belasteten Zeit in den gegenseitigen Beziehungen von Deutschen und Polen, eine optimistische Vorankündigung eines neuen Gefüges im Rahmen der gemeinsamen europäischen Ordnung.

Der Begriff Europa läßt sich meiner Meinung nach nicht auf den rein geographischen Terminus verengen. In der Geschichte der Völker und Staaten dieses Kontinents hat dieser Begriff eine zivilisatorische Bedeutung angenommen. Er wurde zu einem kollektiven Symbol von fundamentalen Werten und Prinzipien. Europa, das bedeutet vor allem die Freiheit der Person, die Menschenrechte -- politische und ökonomische. Das ist eine demokratische und von Bürgern getragene Ordnung. Das ist der Rechtsstaat. Das ist die effektive Wirtschaft, die sich auf individuelles Unternehmertum und Initiative stützt. Gleichzeitig ist es die Reflexion über das Schicksal der Menschen und die moralische Ordnung, die den jüdisch-christlichen Traditionen und der unvergänglichen Schönheit der Kultur entspringt.

Ein so verstandenes Europa war mit dem geographischen Europa nicht immer deckungsgleich. Zu Anbeginn der europäischen Geschichte war das Athen des Perikles Europa. Heute gehören zu den Erben der europäischen Zivilisation auch weit entfernt liegende Länder auf anderen Kontinenten wie die Vereinigten Staaten, Kanada und Australien.

Europa betrachten wir demnach als Zivilisationskreis. Die Zugehörigkeit zu Europa, das ist eine im Laufe der Geschichte bewußt vollzogene Wahl und Fixierung der

obigen Werte. Die Tatsache, daß diese Werte zum Lebensfundament von Völkern auf anderen Kontinenten wurden, zeugt von ihrer Offenheit, vom Geist der Toleranz und des Dialogs. Die europäische Gesellschaft ist eine "offene Gesellschaft". Europa relegiert keine Völker aus seiner Gemeinschaft und isoliert sie nicht. Völker, die zum geographischen Europa gehören, können sich höchstens selbst aus der europäischen Zivilisationsgemeinschaft isolieren, so wie dies vor einigen Jahrzehnten die totalitären Staaten Sowjetrußland und das Deutschland Hitlers taten.

Aber das gegenwärtige Deutschland, dieser demokratische Rechtsstaat, beweist, daß nicht nur eine Rückkehr in diese Gemeinschaft möglich ist, sondern daß man in ihr auch einen guten Platz einnehmen kann. Das zutiefst demokratisierte Deutschland ist zu seiner konstruktiven Rolle in der europäischen Geschichte und Kultur zurückgekehrt und bildet heute einen tragenden Pfeiler im gegenwärtigen Europa. So sehen die Polen das heutige Deutschland, und in diesem Vertrauen der Polen zu dem demokratischen Staat und dem deutschen Volk ist das Geheimnis einer raschen Entwicklung gutnachbarlicher Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und dem jetzt unabhängigen Polen verborgen.

Die Rückkehr Deutschlands zu Europa markieren bekanntlich solch grundlegende Daten wie 1949 -- die Gründung der Bundesrepublik Deutschland --, danach ihre Aufnahme in die NATO -- 1955 -- und die Mitgründung der EWG 1957. Polen beginnt seine Rückkehr nach Europa nicht aus eigenem Verschulden erst 40 Jahre später, 1989. Es ist schon assoziiertes Mitglied in der Europäischen Union und assoziierter Partner in der Westeuropäischen Union sowie aktiver Teilnehmer des Nordatlantischen Rates der Zusammenarbeit und der Partnerschaft für den Frieden.

In Zeiten, als wir im geographischen Europa verblieben waren, gehörten wir -- nicht aus eigenem Entschluß -- zu einer Zone von anderen Werten und Standards, haben aber unsere europäische Genealogie bewahrt. Die Zugehörigkeit zu den europäischen Werten, die ebenfalls unsere Kernwerte sind, mußte zum Widerstand und zum Aufbegehren gegenüber dem Sowjetismus führen. Diese Zugehörigkeit leitet uns heute strategisch in Richtung Integration mit den europäischen und euroatlantischen Strukturen.

Ein halbes Jahrhundert an Erfahrung aus den Jahren 1939 bis 1989 zwingt Polen dazu, nach solchen multilateralen Strukturen zu suchen, die ihm die Gewähr dafür bieten, den wirtschaftlichen und zivilisatorischen Rückstand aufzuholen und einen würdigen Platz unter den Völkern Europas und der Welt einzunehmen sowie internationale Sicherheit zu erlangen, die keinem der Nachbarn und keinem anderen europäischen Land zum Nachteil gereicht. Für solche Strukturen, die es erlauben, obige Ziele auf der Basis der Wertegemeinschaft und von institutionellen Lösungen zu verwirklichen, erachtet Polen vor allem die NATO, die Europäische Union und die Westeuropäische Union.

Polen strebt in die NATO als ein Bündnis, deren Vertragspartner im Gründungsvertrag den Wunsch zum Ausdruck bringen, "mit allen Völkern und allen Regierungen in Frieden zu leben, und den Willen, "die Freiheit, das gemeinsame Erbe und die Zivilisation ihrer Völker, die auf den Grundsätzen der Demokratie, der Freiheit der Person und der Herrschaft des Rechts beruhen, zu gewährleisten", sowie die Entschlossenheit, "ihre Bemühungen für die gemeinsame Verteidigung und für die Erhaltung des Friedens und der Sicherheit zu vereinigen". Das fast 50jährige

Bestehen des Bündnisses hat bestätigt, daß diese Feststellungen keine Worthülsen geblieben sind. Polen strebt in die Europäische Union, weil es sich mit ihren fundamentalen Zielen solidarisch erklärt. Auch wir sind geleitet, ähnlich wie die Begründer der Römischen Verträge über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft von 1957, "in dem festen Willen, die Grundlagen für einen immer engeren Zusammenschluß der europäischen Völker zu schaffen", und genauso wie jene entschlossen, "durch diesen Zusammenschluß der Wirtschaftskräfte Frieden und Freiheit zu wahren und zu festigen". Und wir antworten auf die Aufforderung zur Teilnahme an ihren Bemühungen als ein Volk, das deren Ideale teilt.

Voll und ganz teilen wir auch den Standpunkt der Unterzeichnerstaaten des Vertrages über die Europäische Union von 1992 hinsichtlich der "historischen Bedeutung der Überwindung der Teilung des europäischen Kontinents und der Notwendigkeit, feste Grundlagen für die Gestalt des zukünftigen Europas zu schaffen", die "das Bekenntnis zu den Grundsätzen der Freiheit, der Demokratie und der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten und Rechtsstaatlichkeit" bestätigen, unter dem Blickwinkel der Vertiefung "der Solidarität zwischen ihren Völkern unter Achtung ihrer Geschichte, ihrer Kultur und ihrer Traditionen" sowie in Sachen Fortsetzung des Prozesses "zur Schaffung einer immer engeren Union der Völker Europas".

Die gemeinsame Geschichte von Polen und Deutschen ist eine schwierige Geschichte. Wir müssen möglichst schnell jene Zeit aufholen, die durch Mißtrauen, Verachtung, Feindschaft und Krieg verlorengegangen ist. So verstehe ich den Sendungsauftrag des heutigen demokratischen Polen, seiner Regierung und meinen eigenen Auftrag gegenüber Deutschland.

Meine persönliche Lebenserfahrung enthält schmerzliche Erlebnisse und reichhaltige Beobachtungen. Dazu gehören acht Jahre bitterer Praxis in Gefängnissen und Lagern der Nazis und Kommunisten. Bis heute sage ich manchmal selbstironisch, daß die Diktatoren mich schlichtweg nicht leiden konnten, was letztlich auf voller Gegenseitigkeit beruht.
(Heiterkeit und Beifall)

Die Leiden der Menschen, deren hilfloser Zeuge ich häufig in den jungen Jahren meines Lebens gewesen bin, die Ausrottung der Elite meines Volkes und der in seinen Ausmaßen und Methoden beispiellose Massenmord an allen Juden regten dazu an, sich dem Bösen ohne Rücksicht auf die geringen Chancen zu widersetzen. Es ist mir vergönnt gewesen, an den Versuchen zur Rettung von mit dem grausamen Tode bedrohten Menschen teilzunehmen. Die Erfahrungen dieser wenigen furchtbaren Jahre, das Wissen um die Konzentrationslager, die Folterstätten und Gaskammern haben für mich ein für allemal die Entscheidung für meinen weiteren Lebensweg mit sich gebracht: gegen Haß, gegen Diskriminierung von Menschen, aus welchen Gründen auch immer -- im Blick auf Rasse, Klasse, Nationalität oder Religion --, wie auch gegen intellektuelle Gewalt, wozu die Lüge in der Geschichte gehört und der Mangel an Toleranz gegenüber Andersdenkenden.

(Beifall)

Auf diesem Wege habe ich viele Freunde getroffen und seitens vieler Menschen guten Willens nicht nur in meinem Lande, sondern auch in Israel, in den Vereinigten Staaten, hier in Deutschland, in Österreich und anderswo eine solidarische Unterstützung und Vertrauen erfahren. Die Erfahrungen meines Lebens, die Erfahrungen eines Brückenbauers geben mir gewiß das Recht dazu, hier und heute folgenden Appell zu formulieren: für ein rasches Handeln und Nutzen der riesigen Chance, die sich beiden Völkern für die Annäherung, die Harmonisierung der politischen Interessen und die wirtschaftliche Zusammenarbeit zum gegenseitigen Vorteil bietet.

Es fehlte in Polen nie an Menschen, die die in der Bundesrepublik nach dem Kriege sich vollziehenden tiefen demokratischen Veränderungen erkannt haben, die mit dem wirtschaftlichen Aufschwung verbunden waren und die eine gut funktionierende freie Marktwirtschaft mit sich brachte. Die Leute aus der polnischen demokratischen Opposition haben schon in den 70er Jahren eine Chance in der Vereinigung Deutschlands nach demokratischen Prinzipien erblickt, weil sie Europa an Polen und Polen an Europa herangeführt hätte, dessen integraler Bestandteil eben ein vereintes Deutschland gewesen wäre. Wirklichkeit wurde dies nach 1989. Man kann sagen, daß die Überwindung der Teilung Europas auf symbolischer Ebene in Berlin begonnen wurde, als die Berliner Mauer fiel. Dieser Prozeß schreitet voran. Damit er jedoch erfolgreich ist, muß er einige fundamentale Voraussetzungen erfüllen:

Erstens muß er auf dem dauerhaften Fundament gemeinsamer europäischer Werte basieren. Vor allem die Akzeptanz dieser Werte sollte über die Zugehörigkeit zu Europa und den Institutionen, die seine Identität definieren, entscheiden.

Zweitens. Unter den europäischen Werten erachten wir, die Polen, Offenheit gegenüber jenen Menschen als den wichtigsten Wert, die durch ihre alltägliche von Entbehrungen nicht freie und hartnäckige Arbeit zugunsten von Veränderungen einen Beweis dafür liefern, daß sie bereit sind, der gemeinsamen europäischen Sache zu dienen. Wir meinen, daß der Fortschritt im Bereich der Reformen in den postkommunistischen Staaten eng verbunden sein sollte mit der entsprechenden Intensität des Integrationsprozesses gegenüber diesen Staaten.
(Beifall)

Drittens. Seitens unserer westlichen Partner, auch Deutschlands, möchten wir klar den Willen erkennen, die europäischen sowie euro-atlantischen Institutionen zu öffnen und zu erweitern. Wir hoffen, daß im Westen nicht wiederum ein enger "Realismus" dominiert im Sinne von "Einflusszonen", "Puffern" oder Anerkennung von "historischen Interessen" der Nachbargroßmächte, die in Jalta Triumphe gefeiert haben.
(Beifall)

Aus dem Obigen ergibt sich eine weitere, vierte Bedingung, nämlich daß der nach Osten ausgerichtete Integrationsprozeß nicht angehalten wird. Wir wollen weder alte noch neue europäische Teilungen. Wir wünschen einen ständigen Fortschritt des europäischen Einigungsprozesses, zu dem die kürzlich erfolgte und besondere Etappe, die Vereinigung Deutschlands gehört.

Die prowestliche Orientierung der polnischen Politik bedeutet keine Abkehr vom Osten. Die Russische Föderation, die Ukraine und Weißrußland sind und bleiben unsere wichtigen Nachbarn. Das Streben Polens nach Mitgliedschaft in den euro-atlantischen Strukturen bedeutet nicht die Vernachlässigung von Instrumenten zur Schaffung von Solidarität und Sicherheit für alle Völker unseres Kontinents. Das Engagement Polens im Bereich der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa ist dafür der beste Beweis.

Ein Beispiel für die Schaffung neuer Konstruktionen, die die alten Teilungen und Blöcke überwinden, ist die Zusammenarbeit Polens mit Deutschland und Frankreich im Rahmen des sogenannten Weimarer Dreiecks. Diese besondere Form der Zusammenarbeit von Staaten der EU mit einem Land aus dem Bereich der ehemaligen sowjetischen Dominanz ist ein Symbol der Versöhnung von drei großen europäischen Völkern. Das frühere Gebiet der großen europäischen Kriege transformiert sich zu einem Pfeiler der Sicherheit des Kontinents.

(Beifall)

Dies sind nach unserem Verständnis die unverzichtbaren Voraussetzungen für die Verwirklichung der Konzeption Europa bzw. gar der Rückkehr Europas zu sich selbst: zu seinen zivilisatorischen Quellen, zum Geist seiner Geschichte, zum Wesen seiner gegenwärtigen Herausforderungen.

Auf dem gemeinsamen Wege zu einem guten Zusammenleben in Europa im zweiten halben Jahrhundert seit den furchtbaren Erfahrungen, denen wir heute unsere Überlegungen widmen, im 21. Jahrhundert, haben wir schon erhebliche Fortschritte gemacht. Eine wichtige Bedeutung hat hier die Gestaltung der Alltäglichkeit, die Entwicklung der Kontakte zwischen den Menschen auf beiden Seiten von Oder und Neiße, das Aufgreifen gemeinsamer Aufgaben und konkreter Projekte in den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft und Ökologie. Diese Alltäglichkeit und Normalität zwischen Deutschen und Polen schätze ich ganz besonders. Ich glaube, wir vergessen manchmal zu leicht, wie weit entfernt wir von einer solchen Normalität noch unlängst waren.

(Beifall)

Als Leistung von besonderem Gewicht in unseren gegenseitigen Beziehungen betrachte ich die weitgehende Regelung der Minderheitenprobleme. Die Lösungen, die wir im deutsch-polnischen Vertrag von 1991 gefunden haben, basieren auf den internationalen Standards und den KSZE-Dokumenten. Ihr Leitmotiv ist das übergeordnete Prinzip der Loyalität eines Angehörigen der Minderheit gegenüber dem Staat, in dem er lebt und dessen Bürger er ist. Dies schafft die richtige Verhaltensebene sowie die Entwicklungsgrundlage für die sprachliche und kulturelle Identität der Angehörigen der Minderheit.

Die polnisch-deutschen Regelungen und ihre Umsetzung werden heute von vielen anderen Staaten als gutes Modell zur erfolgreichen Lösung von Minderheitenproblemen betrachtet, handelt es sich doch um ein Problem, das in der Vergangenheit nicht nur vom Hitlerregime auf zynische Weise ausgenutzt wurde. Auch heute gehört es leider zu den konfliktträchtigsten und gefährlichsten Themen auf unserem europäischen Kontinent.

Seit 1989 wurde in der Lage polnischer Bürger, die Angehörige der deutschen Minderheit sind, ein unbestrittener deutlicher Fortschritt erzielt. Diese Meinung teilen ebenfalls die Betroffenen. Nach Möglichkeit gewähren polnische Stellen auch materielle Hilfe, insbesondere für Kulturprojekte, beim Sprachunterricht und bei der Unterstützung von Verlagen. Besondere Privilegien in der Wahlordnung zum Parlament erleichterten fünf Vertretern der deutschen Minderheit den Einzug in den Sejm und Senat der Republik Polen.

Die gegenwärtige Lage schafft auch bessere Voraussetzungen für Polen und Personen polnischer Abstammung in Deutschland. Besonders wichtig wäre hier die richtige Wahrnehmung von Problemen und Bedürfnissen dieser Gruppe in bundesdeutschen politischen Kreisen. Es geht ebenfalls um eine praktische Hilfe der entsprechenden Stellen auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene für die "Polonia" im Bereich ihrer kulturellen Arbeit, beim Polnischunterricht sowie bei der Selbstdarstellung in den Medien. Die bestehenden Probleme sind und werden schrittweise gelöst. Dafür bedarf es auf der einen Seite der Bereitschaft und Offenheit und auf der anderen Seite des Verantwortungsgefühls für die entsprechende Richtung bei der Gestaltung der gegenseitigen Beziehungen seitens aller beteiligten Personen und Einrichtungen in unseren beiden Staaten. Es gibt eine echte Chance dafür, daß jene Personen in Polen und in Deutschland, die ihre Bindungen zum jeweils anderen Land verspüren, künftig zu einer dauerhaften Brücke der polnisch-deutschen Verständigung und Zusammenarbeit werden.

(Beifall)

Es gibt heute keinerlei grundlegende Streitfragen in den polnisch-deutschen Beziehungen. Wir haben viele Mechanismen zur Lesung laufender Probleme erarbeitet. Wir haben neue Institutionen geschaffen, die die bilateralen Kontakte bereichern, wie z.B. das Polnisch-Deutsche Jugendwerk, polnisch-deutsche Stiftungen, die Europäische Universität "Viadrina" in Frankfurt an der Oder oder die Wirtschaftsförderungsgesellschaft. Es entwickelt sich die Zusammenarbeit der Euroregionen, die Grenzübergänge bauen wir aus, um wenigstens teilweise dem lawinenartigen Anstieg im Grenzverkehr und beim Warentransport gerecht werden zu können. Die vertraglichen Regelungen und das enge Netz von bilateralen Einrichtungen machen unsere Beziehungen stabil und in beträchtlichem Maße unabhängig von politischer Unentschlossenheit und von Erschütterungen. Wir haben jedoch noch längst nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft. Beträchtlich mehr zu tun wäre für die Förderung der Kontakte zwischen der Bevölkerung beider Länder, für den polnisch-deutschen Jugendaustausch -- das Jugendwerk --, der die neue Etappe in den gegenseitigen Beziehungen symbolisieren und die Annäherung beider Völker kennzeichnen sollte.

Es ist nicht meine Aufgabe, meine Damen und Herren, die Diskussion zu bewerten, die hier seit einigen Wochen um den 8. Mai 1945 geführt wird, insbesondere den Deutschen eine Antwort auf die Frage zu empfehlen, ob dies für sie ein Tag der Befreiung oder der Niederlage, ein Tag der Freude oder der Trauer gewesen ist. Die Antwort auf diese Frage hinge vor allem vom Bewußtseinsstand jener Menschen ab, die damals lebten und handelten. Voll verständlich ist ihr Schmerzgefühl wegen des Verlustes von Angehörigen, jedoch schwer zu respektieren wäre ein Schmerzgefühl wegen des verlorenen Krieges; denn zusammen mit dem durch das Dritte Reich verlorenen Krieg hat auch jenes System verspielt, das für viele Völker Vernichtung

und Unglück brachte, ebenfalls den Deutschen selbst. Als einer der Zeitzeugen kann ich die Dramatik der Worte nachempfinden, die vor zehn Jahren durch den deutschen Patrioten und Europäer Richard von Weizsäcker ausgesprochen wurden: Es war Hitler, der zur Gewalt griff. Der Ausbruch des Zweiten Weltkrieges bleibt mit dem deutschen Namen verbunden.

Während des Krieges hat das nationalsozialistische Regime viele Völker gequält und geschändet.

Am Ende bleibt nur noch ein Volk übrig, um gequält, geknechtet und geschändet zu werden: das eigene, das deutsche Volk. Immer wieder hat Hitler ausgesprochen: wenn das deutsche Volk schon nicht fähig sei, in diesem Krieg zu siegen, dann möge es eben untergehen. Die anderen Völker wurden zunächst Opfer eines von Deutschland ausgehenden Krieges, bevor wir selbst zu Opfern unseres eigenen Krieges wurden.

Diese Worte machen die logische Abfolge von Ursache und Wirkung deutlich. Für viele Opfer jener Zeit und deren Familien ist der 8. Mai bis heute ein Tag der Reflexion darüber, ob der Beginn des Bösen und der Vorbote des Unglücks der 30. Januar 1933 war oder erst die juristisch fixierten Prinzipien der unmenschlichen Diskriminierung von Menschen, nämlich die Nürnberger Gesetze von 1935, oder auch das erste aggressive Vorgehen des Dritten Reiches gegenüber den Nachbarstaaten. Sicher ist jedenfalls, daß die ersten Schüsse des Zweiten Weltkrieges gegen die Polen und den polnischen Staat am 1. September 1939 abgefeuert wurden und daß der an diesem Tag entfesselte Krieg auf den Ruinen von Berlin und anderen deutschen Städten am 8. Mai 1945 beendet wurde. Ich habe an diesem Krieg, den ich nicht gewollt habe, selbst teilgenommen, und ich bin, wie ich meine, in der Lage, verschiedene individuelle Argumente und Erfahrungen der Menschen zu verstehen; jedoch auch nach Ablauf eines halben Jahrhunderts fühle ich mich verbunden mit den Opfern von Aggression und Gewalt, mit den Opfern von Unterdrückung und Verbrechen. Ich kann nicht in einem Atemzug Opfer und Täter nennen

(Anhaltender Beifall)

oder auch jene, die das Böse passiv akzeptiert haben. Ich denke, daß eine solche Unterscheidung im Interesse von uns allen liegt, uns, den Menschen guten Willens, die wir besorgt sind wegen jedweder Brutalität zwischen Menschen und Völkern, wo immer wir sie im heutigen Europa, in der heutigen Welt erblicken. Am Ende einige Sätze auf Polnisch für das polnische Fernsehen:

Pamięć i refleksja historyczna muszyc towarzyszyc' naszym stosunkom. Nie powinny jednak stanowic' dla nich go'wnej motywacji, lecz torowac' drogec motywacjom wspo'czesnym i skierowanym w przyszos'c'. Stosunki naszych narodo'w i pan'stw uzyskay dzis' wymiar europejski -- nasze sacsiedztwo zadecyduje w znacznej mierze o tym, czy i kiedy podzielona Europa zdoa siec zrosnacc'. Wspopraca obu pan'stw w zjednoczonej Europie jest dzis' jednym z zasadniczych celo'w i uzasadnien' dla stosunko'w dwustronnych. Nadaje im sens i dostarcza wielu motywacji. Z mys'lac o modej generacji Niemco'w i modej generacji Polako'w, szczecs'liwych daj Boz.e -- ludziach XXI wieku.

Das Gedenken und die historische Reflexion müssen unsere Beziehungen begleiten. Sie sollten dafür jedoch nicht Hauptmotivation sein, sondern den Weg bereiten für

die gegenwärtigen und in die Zukunft gerichteten Motivationen. Die Beziehungen unserer Völker und Staaten haben heute eine europäische Dimension erlangt. Unsere Nachbarschaft wird in hohem Maße darüber entscheiden, ob und wann das geteilte Europa zusammenwachsen wird. Die Zusammenarbeit beider Staaten im geeinten Europa gehört heute zu den wichtigsten Zielen und Begründungen unserer bilateralen Beziehungen. Sie verleiht ihnen den Sinn und liefert dafür vielerlei Motivationen -- mit Blick auf die junge Generation von Polen und die junge Generation von Deutschen, auf die, so walte Gott, glücklichen Menschen des 21. Jahrhunderts.

Danke.

(Die Anwesenden erheben sich -- Lebhafter langanhaltender Beifall)

Dr. h. c. Johannes Rau, Präsident des Bundesrates: Herr Bundespräsident! Frau Bundestagspräsidentin! Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Der Mann, dem wir soeben gespannt, fasziniert und zustimmend zugehört haben, ist von Heinrich Böll einmal ein "leidenschaftlicher Pole", ein "leidenschaftlicher Katholik" und ein "leidenschaftlicher Humanist" genannt worden. Wie treffend diese Charakterisierung war, haben wir soeben beglückt erfahren.

(Beifall)

Da hat jemand zu uns gesprochen, der zwei Diktaturen nicht nur erlebt, sondern sie auch durchlitten hat und der trotzdem Zuversicht ausstrahlt und der davon Zeugnis ablegt, daß die Hoffnung auf das Bessere, auf Mitmenschlichkeit und Verständigung, auf Toleranz und Nächstenliebe niemals vergeblich ist. Der Historiker Bartoszewski hat für uns den Weg nachgezeichnet, den die deutsch-polnischen Beziehungen in diesem Jahrhundert genommen haben, einen Weg, der in viele Abgründe führte, aus denen uns aber Menschen wie Wladyslaw Bartoszewski herausgeholfen haben, durch ihr humanes Beispiel, dadurch, daß sie Brücken schlugen zwischen Deutschen und Polen.

Der deutsche Überfall auf den östlichen Nachbarn, die deutsche Okkupation und die Vernichtungspolitik haben tiefe Wunden geschlagen. Wir haben ja davon gehört, daß diese Wunden bis heute in nahezu jeder polnischen Familie spürbar sind.

Wladyslaw Bartoszewski hat nicht verschwiegen, daß Millionen Menschen, Millionen Deutsche nach dem Krieg durch Flucht, Vertreibung und Zwangsumsiedlung viel Elend und Leid erfahren mußten. Er hat deutlich gemacht, daß sich das eine Schicksal gegen das andere nicht aufrechnen läßt. Um so wichtiger ist, daß wir alle deutlich sagen, was Ursache ist und was Folge.

Die Last, die wir Deutschen aus unserer Geschichte zu tragen haben, wird nicht dadurch leichter, daß wir die eigene Schuld gegen die Schuld anderer aufrechnen. Denn damit beginnt die Verharmlosung, und mit der Verharmlosung beginnt das Vergessen.

(Beifall)

Verdrängen und Vergessen sind aber nicht die festen Pfeiler, die wir brauchen, wenn wir Brücken der Verständigung bauen wollen.

Wenn die wachsende Verständigung, die wir wollen, nicht oberflächlich bleiben, sondern nachhaltig wirken und zur Versöhnung werden soll, dann müssen wir lernen -- so hat es der israelische Schriftsteller David Grossman jüngst formuliert -- "mit uns selber offen und ehrlich über die Vergangenheit zu reden".

Das scheint mir gerade für uns Deutsche und gerade in diesem Jahr besonders wichtig zu sein, in dem sich ganz Europa an das Ende des Zweiten Weltkrieges vor fünfzig Jahren erinnert. Die schrecklichen Folgen, die dieser Krieg auch hatte, Flucht, Vertreibung und Teilung für die Deutschen, die hat in den vergangenen fünfzig Jahren in unserem Land niemand verschwiegen, schon deshalb nicht, weil niemand es verdrängen mußte.

Viele haben aber lange Zeit gebraucht, bis sich bei ihnen auch die Einsicht durchsetzte, daß ein Ende des Zweiten Weltkrieges ohne Befreiung von Hitler oder gar mit seinem Sieg das Schrecklichste überhaupt gewesen wäre, und zwar auch und gerade für die Deutschen.

(Beifall)

Viele haben lange gebraucht, um zu erkennen, was die Herrschaft der Nationalsozialisten auch dem eigenen Volk angetan hat. Wieviel guter Wille ist mißbraucht worden, wieviel Hoffnung getäuscht, wie viele haben sich zu Werkzeugen einer unmenschlichen Ideologie machen lassen!

Mit den vielen Wissenschaftlern, Künstlern und Intellektuellen, die die Nationalsozialisten aus dem Land getrieben haben, haben wir Deutschen ein geistiges und kulturelles Kapital verloren, das uns noch heute fehlt. Wir haben scheinbar Fremde vernichtet und auch uns selber amputiert.

Beschämt und dankbar denken wir auch an die, die Widerstand geleistet und dafür oft mit ihrem Leben bezahlt haben. Ich nenne Julius Leber und Dietrich Bonhoeffer, Pater Alfred Delp und Hellmuth Graf James von Moltke, Edith Stein und Georg Elser. Vor zehn Jahren, als wir den vierzigsten Jahrestag des 8. Mai 1945 begingen, war Europa noch in zwei Blöcke geteilt, und wir Deutsche mußten in zwei Staaten leben. Mit dem Fall der Mauer, der ein Glücksfall war, und mit der staatlichen Einheit, die uns Deutschen geschenkt worden ist, sind wir Deutsche alle ein Stück freier geworden.

Die Last der Teilung ist weg, die auch auf die gewirkt hat, die sie persönlich nicht zu spüren glaubten und denen der Gedanke an Freiheit näher war als die Hoffnung auf die deutsche Einheit.

Wir sind deshalb jetzt ein Stück freier -- nicht im Umgang mit unserer Geschichte, aber mit dem, was wir aus unserer Geschichte lernen können, welche Erkenntnisse wir für unser zukünftiges Handeln ziehen sollten. Wir sind ein Stück freier, der Verantwortung gerecht zu werden, die uns nicht als Pflicht oder als Joch, sondern als Aufgabe und als Chance aus unserer Geschichte erwächst.

Heute, fünfzig Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, sieht die Mehrheit der Deutschen den 8. Mai 1945, so wie es Richard von Weizsäcker formuliert hat, als Tag der Befreiung und der Scham und nicht als Tag des Zusammenbruchs und der Schande. Niemand hat das dieser Mehrheit vorgeschrieben. Diese Einsicht ist vielmehr gewachsen aus der ehrlichen Auseinandersetzung mit der Vergangenheit, aus dem Wissen um das, was geschehen ist, und aus der Bereitschaft, auszuhalten

und anzunehmen, daß es so und nicht anders gewesen ist, damit es niemals wieder werden wird, wie es war.

(Beifall)

Diese Erfahrung wollen wir an unsere Jugend, an die jungen Menschen in Europa und in der Welt weitergeben. Wir sollten das tun nach der Einsicht, die der württembergische Altbischof Hans von Keler einmal so formuliert hat: "Geschichte ist nicht nur Geschehenes, sondern auch Geschichtetes." Sie ist der Boden, auf dem wir stehen.

Wir haben zu dieser Gedenkstunde gemeinsam junge Menschen aus Polen und aus unserem Land eingeladen. Sie gehören zu einer Generation, die die Jahre der Vernichtung und der Zerstörung im Zweiten Weltkrieg nur aus Erzählungen kennt, aus Büchern und aus Filmen. Sie haben manchmal eine unbefangene Neugier auf Geschichte. Wir sollten diese Neugier wichtiger nehmen als unsere häufig allzu fertigen Antworten.

Diese jungen Menschen fragen uns: Was kann man aus der Geschichte lernen? Und sie, die Jungen, und andere -- das weiß ich aus vielen Briefen -- fragen uns auch: Erstarrt euer Gedenken nicht in Ritualen? Wird Erinnerung an vergangenes Unrecht nicht zu einer leeren Formel? Sind die vielen Gedenkfeiern nicht eine Last, die man abschütteln möchte?

Auf so drängende Fragen gibt es keine einfachen Antworten. Aber eine Antwort können und müssen wir in jedem Fall geben: Es genügt wirklich nicht, die Lehren aus der Geschichte bei Gedenkveranstaltungen zu beschwären. Lehren aus der Geschichte zu ziehen, da sind natürlich zuerst Historiker und Politiker gefordert, und da sind gewiß diejenigen gefordert, die in Unternehmen und in Gewerkschaften, in den Kirchen und Verbänden Verantwortung tragen. Am wichtigsten aber ist es, diese Lehren da zu beherzigen, wo es wirklich darauf ankommt: im alltäglichen Zusammenleben.

Ich gehöre zu einer Generation, die den 8. Mai 1945 bewußt erlebt hat, und ich kann mich noch gut an die Jahre danach erinnern. Wir wurden damals die "skeptische Generation" genannt, und wir hatten auch allen Grund zur Skepsis: Die selbstverschuldete Katastrophe lag noch nicht lange zurück, in die das Dritte Reich geführt hatte, und die meisten Deutschen wollten davon nichts mehr hören und nichts mehr wissen. Man hat uns damals Jungen vorgehalten, wir zögen uns zu sehr ins Private zurück und zeigten an Politik kein Interesse -- ein Vorwurf, den auch heute junge Leute wieder zu hören bekommen.

Ich glaube nicht, daß dieser Vorwurf stimmt -- weder damals noch heute. Es waren viele junge Leute, die in den fünfziger Jahren leidenschaftlich und engagiert z.B. darüber gestritten haben, ob unser Land wieder eine Armee aufbauen sollte. Es war die junge Generation in den sechziger Jahren, die -- geboren und aufgewachsen in Freiheit, Demokratie und sozialer Sicherheit -- die Generation ihrer Eltern nach ihrer Schuld und nach ihrer Verantwortung in den zwölf Jahren der nationalsozialistischen Diktatur gefragt hat. Das hat den Anstoß gegeben zu einer kritischen Auseinandersetzung mit der Vergangenheit.

Auch in diesen Tagen gibt es junge Menschen, die wollen Zeichen setzen für Frieden und Völkerverständigung und gegen Krieg, Rassismus, Antisemitismus und

Fanatismus. Ich denke an ungezählte Initiativen, ich denke an die Aktion Sühnezeichen, ich denke an die Jugendbegegnungsstätte in Auschwitz und nicht zuletzt an das Deutsch-Polnische Jugendwerk.

Es gibt leider auch junge Menschen, aber wenige, und es sind vor allem nicht nur junge Menschen, die die Gespenster der Vergangenheit -- Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus -- in die Gegenwart hinein verlängern.

Wir dürfen sie nicht abschreiben. Wir müssen ihnen vermitteln, daß wir der Intoleranz, der Verachtung von Minderheiten und der Ausgrenzung einzelner oder ganzer Gruppen von Anfang an widerstehen müssen.

Wir müssen das nicht deshalb tun, weil Intoleranz, Fremdenfeindlichkeit oder soziale Ausgrenzung bei uns Deutschen verbreiteter wären oder auf fruchtbareren Boden fielen als in anderen Ländern. Nicht da liegt der Unterschied. Ich sehe ihn vielmehr darin, daß wir in unserer Geschichte auf schreckliche und unvergeßliche Weise erlebt haben, wozu diese Haltungen führen können.

(Beifall)

Wir Deutsche sind gebrannte Kinder. Darum muß bei uns die Schwelle höher liegen als in jedem anderen Land. Darum haben wir eine besondere Verantwortung dafür, nie zu vergessen und nie zu verdrängen, was geschieht, wenn die Demokratie stirbt, weil es zu wenig aktive Demokraten gibt, was geschieht, wenn der Rechtsstaat stirbt, weil es zu viele gibt, die ihn als störend empfinden beim Gebrauch ihrer Macht, was geschieht, wenn die Menschenrechte und die Bürgerrechte mit Füßen getreten werden, weil es zu wenige gibt, die sich um andere kümmern, und zu wenige, die Zivilcourage haben, gegen Unrecht und Diskriminierung aufzustehen.

Nach der nationalsozialistischen Katastrophe sind in unserem Land die Grundlagen für eine moralisch sensible politische Gesittung entstanden. Das ist nicht über Nacht gekommen, das ist in Jahrzehnten und mühsam gewachsen. Es ist, wie ich glaube, auch das Ergebnis der oft schwierigen Auseinandersetzung mit der Vergangenheit, in der deutlich geworden ist, welche neuen Wege zu gehen seien: Wege der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit, der sozialen Gerechtigkeit und nicht zuletzt auch der festen Einbindung in Europa.

Die Deutschen in Ost und West können diese Wege erst seit der friedlichen Revolution vom Herbst 1989 und seit der staatlichen Einheit 1990 gemeinsam gehen. Wir haben diese Chance für einen gemeinsamen Neuanfang bekommen, weil unsere Nachbarn erfahren hatten, daß von uns Deutschen keine Gefahr mehr ausgeht.

Es gibt viele, die sich um die staatliche Einheit der Deutschen verdient gemacht haben. Nie aber sollten wir vergessen, daß es Menschen in Warschau, in Prag, in Budapest und in vielen anderen Städten waren, die aufgestanden sind gegen Unterdrückung und Entmündigung. Sie haben den Eisernen Vorhang mit zu Fall gebracht, ohne den wir die deutsche Teilung nicht überwunden hätten.

(Beifall)

Und wir können stolz darauf und dankbar dafür sein, daß Deutsche in der damaligen DDR sich mit Kerzen und mit Liedern, mit stillem Protest, mit Flugblättern und beharrlichem Widerstand zusammengetan haben für Freiheit, Demokratie und

Frieden.

Heute werden bei uns wie in anderen Ländern wieder Stimmen laut, die auf das Nationale zuerst setzen, das heißt auf Abgrenzung statt auf Gemeinsamkeit. Es darf uns nicht wundern, daß unsere Nachbarn hellhörig werden, wenn sie solche Töne aus dem größer gewordenen Deutschland hören. Unsere Nachbarn haben in diesem Jahrhundert und noch weiter zurück immer dann Anlaß zu erhöhter Wachsamkeit gehabt, wenn wir Deutsche zu sehr mit uns selbst beschäftigt waren. Darum ist es so wichtig, daß wir im Reden und im Handeln unseren Nachbarn deutlich machen: Die staatliche Einheit, über die wir uns freuen, darf für uns Deutsche nicht verbunden sein mit der Absage an Europa. Wir wollen kein deutsches Europa, sondern ein europäisches Deutschland.

(Beifall)

Willy Brandt hat oft gesagt:

Von deutschem Boden darf nie wieder Krieg ausgehen.

Dieser Satz gilt, und er steht vor dem Hintergrund der deutschen und europäischen Geschichte dieses Jahrhunderts, vor allem der Zeit von 1933 bis 1945. Der deutsche Patriot und Weltbürger Willy Brandt hat doch nicht geglaubt, wir Deutschen seien gewalttätiger veranlagt und damit ein größeres Risiko für den Frieden als andere. Selbstanklage und kollektive Schuldgefühle lagen ihm fern. Er wollte vielmehr die Erinnerung daran wachhalten, daß aus den schrecklichen Erfahrungen, die wir Deutsche mit uns selber und die unsere Nachbarn mit uns gemacht haben, auch eine besondere politische Verantwortung für den Frieden erwächst.

Ich sehe es deshalb als unsere wichtigste Aufgabe am Ende des Jahrhunderts, daß wir Deutsche eine treibende Kraft im europäischen Einigungsprozeß bleiben. Wir brauchen Europa. Europa braucht uns: Nicht als ruhe- und ordnungsstiftende Großmacht, sondern als vermittelnde Kraft, die aus der Erfahrung mit der eigenen Geschichte klug geworden ist.

(Beifall)

Weil diese Einsicht wuchs, konnten wir mit unseren Nachbarn im Westen einen Weg der Verständigung, der Freundschaft und des Vertrauens finden. Ich bin zuversichtlich, daß uns gleiches auch mit unseren Nachbarn im Osten -- vor allem mit Polen -- gelingt.

Wir danken noch einmal Wladyslaw Bartoszewski dafür, daß er gekommen ist und daß er -- und daß er so -- zu uns gesprochen hat. Und wie wir unsere Nachbarn in Polen dankbar grüßen, so denken wir auch an die anderen Völker, mit denen wir so schmerzhaft verbunden sind, an die Niederländer und die Tschechen, an die Dänen und an die Slowaken, die ich stellvertretend nenne.

Wir wollen alles tun, damit Grenzen nicht mehr trennen, sondern verbinden, damit Brücken gebaut werden und nicht Brückenköpfe, damit wir zusammen leben und nicht gegeneinander stehen.

Und wir vergessen nicht, daß gestern in Israel der Schmerz über den Holocaust, über die Shoah, Alte und Junge miteinander verbunden hat. Es ist ein langer Weg von der Bitterkeit dieses Schmerzes zu Schritten der Versöhnung, über die wir uns dankbar freuen.

Das Ende des Kalten Krieges macht bei uns das Zusammenwachsen eines Europa möglich, dessen Grenzen viel weiter sind als das, was die Gründungsväter der europäischen Einigung vor Augen haben konnten. Dann kann der Traum Wirklichkeit

werden, von dem Wladyslaw Bartoszewski in einem seiner Bücher erzählt hat. Er träumt da von einer Zeit, in der "sollen Polen und Deutsche nur dies füreinander sein: ganz normale Menschen".

Fünfzig Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges haben wir allen Grund zur Hoffnung, aber auch allen Anlaß, unsere Kräfte zu bündeln, damit dieser Traum keine Vision bleibt, sondern gelebte Wirklichkeit wird in einem Europa der Verständigung und der Partnerschaft.

Ich jedenfalls glaube und hoffe, daß wir unsere Hoffnungen nicht vergeblich in die junge Generation setzen, in ihre Kraft und in ihr Engagement. Wir Deutsche wollen mit unseren Stärken zu einem starken Europa beitragen. Wir wollen genauso, daß andere ihre Stärken einbringen können. Das brauchen auch wir, und das kann Hoffnung stiften für einen dauerhaften Frieden in Europa.

(Beifall)

Zum Abschluß spielte die Philharmonie der Nationen unter Justus Frantz die Kammer-Sinfonie für Streichorchester (Rudolf Barschaj) nach dem 8. Streichquartett von Dimitrij Schostakowitsch

Quelle:

